

# CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird begrenzt

## Europäischer Umweltausschuss legt langfristige Obergrenze fest

VON ANJA INGENRIETH

**Brüssel.** Gegen den Widerstand der Auto-Lobby will das Europäische Parlament die Hersteller beim Klimaschutz stärker in die Pflicht nehmen als bisher geplant. Der Umweltausschuss beschloss gestern eine langfristige Obergrenze von durchschnittlich 68 bis 78 Gramm Kohlendioxid-Ausstoß je Kilometer. Der Gesetzentwurf der EU-Kommission hatte kein verbindliches Ziel für 2025 enthalten. Der europäische Autoverband ACEA beklagte „rein politische Zahlen“. Alle Ziele müssten wissenschaftlich begründet und überprüft sein, so ACEA-Generalsekretär Ivan Hodac. Der Deutsche Automobilverband VDA nannte die Grenzen eine „Überregulierung“, „die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gefährdet“.

Rebecca Harms, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, begrüßte das Ergebnis der Abstimmung: „Es ist gut und richtig, dass die Mehrheit im Umweltausschuss heute CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für 2025 für Pkw gefordert hat.“ Die Grenzwerte hätten allerdings noch strenger ausfallen müssen, kritisierte Harms.

Zum Hintergrund: Die Untergrenze der vorgeschlagenen Bandbreite stellt etwa eine Halbierung der heutigen durchschnittlichen Kohlendioxidemissionen der europäischen Neuwagenflotte dar. Einigkeit be-



Rebecca Harms

FOTO: DPA

steht in den EU-Institutionen, dass die Autobauer den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Neuwagen in den kommenden Jahren drastisch reduzieren müssen. Die schon beschlossene erste Etappe der EU-Vorgaben sieht als Ziel ab 2015 einen Wert von 130 Gramm vor. Der Grenzwert für Pkw soll nun in einem zweiten Schritt bis 2020 auf 95 Gramm gesenkt werden. Laut VDA entspricht das einem Spritverbrauch von nicht einmal vier Litern auf 100 Kilometer.

„Das Ziel ist sehr anspruchsvoll und mit den klassischen Antrieben allein nicht erreichbar. Vielmehr müssen sich verstärkt Autos mit alternativen Antriebskonzepten am Markt etablieren“, so der VDA. Da noch unklar sei, ob das klappe, sollten „jetzt auch keine Vorgaben gemacht werden, die über das Jahr 2020 hinausgehen“. Das Parlament kommt der Lobby ein Stück weit entgegen. Besonders emissionsarme Fahrzeuge wie Elektroautos sollen stärker als von der Kommission vorgeschlagen auf die Gesamtemissionen angerechnet werden. Die Grünen kritisieren, damit hätten die Autohersteller ein Schlupfloch. Der Auto-Lobby reicht das noch nicht.

Auch die Bundesregierung setzt sich für eine noch höhere Anrechnung ein. Doch unter den Mitgliedstaaten ist das umstritten. Der VDA setzt darauf, dass die Hauptstädte „Realismus“ walten lassen und „notwendige Korrekturen“ vornehmen.